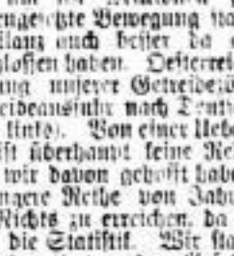
Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Zuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Werktags von Vorm. 8–3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 6 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Für Aufgabe einzelnerer Schriftstücke keine Verantwortlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Gegr. 1875 **Müffe, Pelze!** Gegr. 1875
Pelzboas, Pelerinen, Collier, Herrenkragen, Pelzmützen u. s. w. empfiehlt
Heinrich Hanicke, Kürschnermeister, **Wettinerstrasse 13,** schräg über der „Tivoli".

Julius Schädlich
Am See 16.

Kerzen-Kronleuchter.
Petroleum-Lampen.

Dr. Ziegler's Magentropfen,
Appetit anregend, Verdauung befördernd und den Magen erwärmend. 1 Flasche Mk. **1,50.** Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgenthor.

Tapeten — Versandt-Geschäft: Victoria u. Ring-Str. Ecke. **F. Schade & Co.** Haupt-Geschäft: Victoria u. Weisenhaus-Str. Ecke. — Tapeten

Weihnachts-Neuheiten
in **feinen Lederwaaren** empfiehlt in grösster Auswahl
Bernhard Rüdiger.
Wilsdruffer Strasse 3, zunächst dem Altmarkt.

Mit **Rückgratsverkrümmung** Behaftete finden durch Anwendung meiner gesetzl. gesch. **Supporter-Corsets** in den meisten Fällen noch sichere Heilung ihres Leidens.
Carl Wendschuch, Königl. Hoflief. und Bandagist, **Trompeterstr. 8.**

Nr. 328. Spiegel: Initiativanträge im Reichstage. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Handels- und Gewerbekammer, Fundbureau der Staatsbahnen, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Geistliche Musikaufführung. Lotterieliste. **Freitag, 24. Novbr.**

Für den Monat December

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, angenommen.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten.

Politisches.

Mit einem ganzen Bündel von Initiativanträgen aus der Mitte der Volksvertreter ist der Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt überschüttet worden. Ein voller Monat von Schwerinstagen, d. h. von solchen Berathungstagen, an denen nur Privatanträge und Petitionen zur Verhandlung gelangen, würde erforderlich sein, um alle die Gesetzentwürfe und Wünsche, die aus den Reihen der einzelnen Parteien eingebracht sind, auch nur in der ersten Lesung zu berathen. In der Geschichte des deutschen Parlaments dürfte diese Fülle von Initiativanträgen bei Beginn der Tagung beispiellos dastehen. Das Centrum ist mit nicht weniger als 10 Anträgen auf dem Plan erschienen. Die freisinnigen Parteien haben 5 Anträge eingebracht, die Konservativen 4, die Elsässer und die Sozialdemokraten je 2. Nur die Nationalliberalen, die Antisemiten und die Polen haben bis jetzt von dem Rechte, Gesetzentwürfe in Vorschlag zu bringen, keinen Gebrauch gemacht. Durch jene Anträge haben die genannten Parteien nur ihre dringlichsten Herzenswünsche befriedigt, mit denen sie sofort zur Stelle waren, um sich wenigstens die Möglichkeit zu sichern, daß sie überhaupt einmal, wenn auch nur zur allgemeinen Vorbesprechung gebracht werden. Denn die Initiativanträge müssen in der Reihenfolge verhandelt werden, in der sie eingebracht worden sind. Eine ungezählte Menge weiterer Anträge seitens der Volksboten stehen noch in Aussicht, die man nur aus Rücksicht auf die Wähler und um der Konkurrenzjagd der Parteien wegen auspackt, da man recht wohl weiß, daß sie nicht zur Berathung gelangen, selbst wenn die Tagung bis tief in den Sommer hinein ausgedehnt werden würde.

Die meisten der aus der Mitte des Reichstags gestellten Anträge sind keine Neulinge. Manche sind altbekannte parlamentarische Ladenhüter, die mit einer unfehlbaren Pünktlichkeit wiederkehren, wie die treuen Schwalben zu Frühlingsanfang. Sie sind von einer rührenden Unverdrossenheit und Bescheidenheit. Sie pflegen sich damit zu begnügen, zum so und so vielten Male gedruckt zu werden. Wohl keiner erhebt den kühnen Anspruch, zum Gesetz erhoben zu werden. Bei der Mehrzahl der Initiativanträge handelt es sich nur darum, daß die Forderungen, die ihnen zu Grunde liegen, den Regierungen immer wieder zur Beachtung und Beherzigung zu Gemüthe geführt werden, nach dem Erfahrungssatze: „Steter Tropfen höhlt den Stein!" Manche Anträge verfolgen offenbar lediglich den Zweck, der Regierung Anlaß zu geben, ihrer Stellung zu gewissen brennenden Tagesfragen einen klaren und bestimmten Ausdruck zu geben. In diese Kategorie ist der konservative Antrag zur Währungsfrage, der freisinnige Antrag über die einheitliche Regelung der Militärstrafprozeßordnung und der Jesuitenantrag zu rechnen. Von einzelnen der Anträge, die jetzt dem Reichstag vorliegen, wäre freilich zu wünschen, daß sie Berücksichtigung fänden. Hierher gehören insbesondere diejenigen, die unmittelbar oder mittelbar die Erhaltung und Förderung des gewerblichen Mittelstandes und Kleinhandels und die Inangriffnahme einer allmählichen Lösung der Judenfrage betreffen. Gerade nach diesen beiden Richtungen hin zeigt sich, daß die Bereitwilligkeit, mit der Graf von Caprivi bei Antritt seines Amtes die unter seinem großen Vorgänger zurückgehaltenen Gedanken und Wünsche aufzunehmen und wenn irgend thunlich, durchzuführen versprach, bis heute eine rein platonische geblieben ist.

Um die Aufrichtigkeit ihrer Mittelstandspolitik zu bekunden, haben die Konservativen den Antrag auf Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises und privilegirter Innungen von Neuem eingebracht. Hinter diesem Antrage steht die Mehrheit des Reichstages. Gleichwohl hat sich bisher die Regierung nicht zu entschließen vermocht, die genannten Forderungen, die als die Voraussetzung einer gedeihlichen Entwickelung des Handwerkerstandes angesehen werden, zu berücksichtigen. Vielmehr verwerfen die Vorschläge, die vor einem Vierteljahr der preußische Handelsminister von Berlepsch zur Reorganisation des Handwerks gemacht hat, ausdrücklich den obligatorischen Befähigungsnachweis und würden wenn sie zur Verwirklichung gelangten, den bestehenden Innungen den Todesstoß versetzen. Glücklicherweise ist an die Verwirklichung nicht zu denken. Demgegenüber verlangt der konservative Antrag, daß die Erlaubniß zur selbstständigen Betreibung eines Handwerks, unter vollständiger Zusammenlegung verwandter Gewerbe, von dem vorausgegangenen Nachweise der Befähigung abhängig gemacht wird. Um die Innungen lebensfähig zu erhalten, wird ferner eine Abänderung des bekannten § 100e der Gewerbeordnung gefordert. Dieser Paragraph bestimmt zur Zeit, daß die höhere Verwaltungsbehörde für den Bezirk einer Innung, deren Thätigkeit sich auf dem Gebiete des Lehrlingswesens bewährt hat, nach Anhörung der Aufsichtsbehörde bestimmen kann, daß Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden seien, wenn der Arbeitgeber, obwohl er zur Aufnahme in die Innung nach der Art seines Gewerbebetriebes fähig sein würde, der Innung nicht angehört. Die beantragte Abänderung geht dahin, daß die hier den Innungen in Aussicht gestellten Vorrechte auch gegen diejenigen Arbeitgeber geltend gemacht werden können, die selbst zur Aufnahme in die Innung nicht fähig sind und daß weiter diese Vorrechte einer Innung dann gewährt werden müssen (nicht mehr wie bisher bloß „können"), wenn sie die Mehrheit der selbstständigen Handwerker ihres Bezirks in sich vereinigt.

Von mittelbarer Bedeutung für den gewerblichen Mittelstand sind die übrigen Theile des konservativen Antrages, der den Namen der Abg. Kropatscheck und Jakobskötter führt. Dieselben beziehen sich auf die Beschränkung der Abzahlungsgeschäfte, auf das Verbot der Wanderlager und Wanderauktionen, auf die Bekämpfung der Auswüchse des Hausirhandels. Sehr dankenswerth ist auch die vorgeschlagene Bestimmung, daß aus der Bezeichnung jedes kaufmännischen oder gewerblichen Geschäfts das Geschlecht und der Name des Inhabers erkennbar sein muß und daß Demjenigen eine Strafe angedroht wird, der nach erkannter Zahlungsunfähigkeit Geschäfte auf Kredit macht, ohne den anderen Theil zuvor davon in Kenntniß gesetzt zu haben. In einem Punkte begegnet sich der Antrag Kropatscheck-Jakobskötter mit dem Centrums-Antrage Grocher und Genossen. Beide fordern, daß den Konsumvereinen die Abgabe von Waaren an Nichtmitglieder unter Strafandrohung verboten wird. Angesichts der immer lauter werdenden Klagen über die Ausdehnung des Konsumvereinswesens gewinnen diese Anträge eine hervorragende Wichtigkeit. Die lebhafte Agitation, die sich seit Jahr und Tag in den Kreisen der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden gegen die Konsum- und Rabatt-Vereine, gegen die Offizier- und Beamtenvereine geltend macht, ist leider nur zu sehr berechtigt. Es ist in der That höchste Zeit, daß dem Umsichgreifen dieser Art von Vereinen, durch welche zahlreiche wirthschaftliche Existenzen zerstört oder der seitherigen Selbstständigkeit beraubt werden, auf gesetzgeberischem Wege eine Schranke gezogen wird.

In anerkennenswerther Bethätigung ihres Tivoli-Programms haben die Konservativen den Antrag erneuert, wonach den Juden, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs untersagt wird. Dieser Antrag ist nicht blos vom Standpunkte des Antisemitismus freudig zu begrüßen; er hat auch eine wirthschaftspolitische Bedeutung insofern, als durch die Einwanderung fremder Juden — und deren Zahl ist nicht gering — die Erwerbsthätigkeit unseres gewerblichen Mittelstandes vielfach wesentlich beeinträchtigt wird. Die österreichischen Juden wandern z. B. mit Vorliebe nach Deutschland, weil sie hier günstigere Erwerbsverhältnisse vorfinden, als in Cisleithanien. Oesterreich hat seit 1885 den Befähigungsnachweis für das Handwerk eingeführt und es dadurch reichsdeutschen Handwerkern unmöglich gemacht, nach Oesterreich überzusiedeln und dort ihr Gewerbe selbstständig zu betreiben. Dagegen können die österreichischen Juden auf Grund der deutschen Gewerbefreiheit sich in Deutschland überall niederlassen und selbstständige Geschäfte errichten. Davon machen sie um so häufiger Gebrauch, als sie in der Regel den gesetzlichen Befähigungsnachweis in Oesterreich nicht erbringen können. Leider hat man bei Abschluß des letzten Handelsvertrages mit Oesterreich diese bedenkliche Benachtheiligung Deutschlands zu beseitigen verabsäumt. Jetzt wenden sich die kleinen jüdischen Spekulanten aus Oesterreich, wo ihnen das Eindringen in das Kleingewerbe erschwert worden ist, nach Deutschland. Finden sie doch hier freieren Spielraum zur Bethätigung ihrer Praktiken, zur Entfaltung ihrer häufig unehrlichen Konkurrenz. Wird diese Zuwanderung nicht endlich zurückgedrängt, so läuft die ehrliche deutsche Arbeit in Gewerbe und Handel Gefahr, von dem fremden Unkraut vollends überwuchert zu werden. Der konservative Antrag auf Verbot der jüdischen Einwanderung hat noch eine allgemeine politische Bedeutung insofern, als die Regierung bei Berathung desselben nicht umhin können wird, in der Judenfrage offen Farbe zu bekennen. Und es thut wirklich noth, endlich einmal zu erfahren, ob Graf von Caprivi und die maßgebenden Regierungskreise der wachsenden Uebermacht des jüdischen Einflusses in Deutschland auch ferner mit verschränkten Armen gegenüberstehen wollen oder ob sie in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der deutschen Nation zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß das Judenthum in seinen Auswüchsen und in seinem Ueberwuchern mit Entschiedenheit bekämpft werden muß.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. November.

Berlin. Reichstag. Am Bundesrathstische: Reichskanzler Graf Caprivi, Staatssekretär Freiherr v. Marschall, v. Bötticher und Graf Posadowsky, Minister v. Heyden u. A. Schleunige Anträge auf Einstellung der gegen die Abgeordneten Bueb und Herbert (soz.) schwebenden Verfahren werden angenommen, worauf in die erste Berathung der Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien eingetreten wird. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Die drei vorliegenden Verträge verrathen ebenso wie die früheren Neigung, Handelsverträge a tout prix abzuschließen und der Landwirthschaft Kosten dafür aufzuerlegen. Die Verträge werden für einen großen Theil des Landes nur Nachtheil bringen, da die deutschen Unterhändler unsere Interessen nicht ausreichend gewahrt haben. Bei Abschluß der ersten Verträge waren die ausländischen Unterhändler ganz erstaunt, so leichten Kaufes davon zu kommen. Sie hatten noch Konzessionen in der Tasche, die ihnen nicht abgenöthigt wurden. (Zustimmung rechts; — Abg. Rickert ruft: Woher wissen Sie denn das?) Es ist auffallend, daß man Spanien gegenüber keine Herabsetzung des Spirituszolls durchsetzen konnte. Unsere Hauptbedenken richten sich gegen den Vertrag mit Rumänien, bei welchem das exportbegünstigende Goldagio jenes Landes nicht berücksichtigt ist. Unsere Landwirthschaft muß mit Entschiedenheit darauf dringen, daß die Regierung die Währungsfrage endlich regele. Wir können uns jetzt für unsere Auffassung auf den italienischen Ministerpräsidenten Giolitti berufen. In der Denkschrift fehlt eine eingehende Beleuchtung des finanziellen Effekts der vorgeschlagenen Tarifherabsetzung. Wir beantragen eine Verweisung der Verträge an eine Kommission. Jedenfalls werden wir keinem Vertrage zustimmen, der der Landwirthschaft neue Opfer auferlegt, denn es hat sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die früheren Handelsverträge ein schwerer politischer Fehler waren. Man hätte nie und nimmermehr die Getreidezölle als Kompensationsobjekte zugestehen dürfen. Wir wollen den Fehler nicht wiederholt sehen. Welche Stimmung im Lande herrscht, darüber kann sich die Regierung aus den letzten Landtagswahlen belehren (Beifall rechts, Widerspruch links). — Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Bei den vorhandenen Vorlagen handelt es sich wesentlich um das Zugeständniß unseres Konventionaltarifes gegen angemessene Gegenkonzessionen. Die unfreundliche Kritik der Verhandlungen seitens des Vorredners habe keinen Werth, weil der Vorredner keinen Einblick in die Verhandlungen hatte. Für unsere Vertragspolitik sprach vor Allem die allmählich steigende Handelsbilanz in den ersten 9 Monaten d. J. und daß die Einfuhr um 5 Millionen gefallen und die Ausfuhr um 187 Millionen gestiegen, während in Frankreich die entgegengesetzte Bewegung stattfindet. Wir stehen mit unserer Handelsbilanz auch besser da als die Staaten, mit denen wir Verträge geschlossen haben. Oesterreich-Ungarn hat gerade von der Herabsetzung unserer Getreidezölle keinen Nutzen gehabt, da seitdem die Getreideausfuhr nach Deutschland ganz erheblich gesunken ist (sehr, hört, links). Von einer Ueberschwemmung Deutschlands mit Getreide ist überhaupt keine Rede. Die Handelsverträge haben gehalten, was wir davon gehofft haben. Sie haben uns den Markt für eine längere Reihe von Jahren gesichert; durch diplomatische Kniffe war Nichts zu erreichen, da in Handelssachen die Dinge klar liegen durch die Statistik. Wir standen vor dem Ablaufe aller Verträge und damit vor der Gefahr, daß unsere Industrie ihren Markt einbüßt. Hätten wir die Verträge ablaufen lassen ohne Vorsorge, so wäre das ein schwerer Fehler gewesen für die Zukunft. Ohne Herabsetzung der Getreidezölle wäre der Abschluß neuer Verträge nicht möglich. Die Landwirthschaft hat durch die Verträge den Vortheil, daß ihr der allerdings ungelegene Zollsatz auf eine Reihe von Jahren gesichert ist. Autonome Zölle mit Zuschlägen bieten, wie die Erfahrung lehrt, keinen Vortheil. Bei einer allgemeinen Schädigung der Handelsbilanz kann auch die Landwirthschaft keinen Vortheil haben. Die Regierung erkennt die Nothlage der Landwirthschaft an und thut, was sich dagegen thun läßt, aber der Schwerpunkt der Währungsfrage liegt doch nicht im Zollsatze und was der Bund der Landwirthe verkündet, ist nicht der Gipfel der Weisheit. Durch diese Aktion werden die Landwirthe nur von dem Rechtswege der Reform abgedrängt, man erweckt Hoffnungen, auf welche Enttäuschungen folgen müssen. (Widerspruch rechts). Diejenigen, welche jetzt die hohen Zölle vertheidigen, vertraten früher den Satz, daß das Ausland die Zölle bezahle; sie kommen damit mit sich selbst in Widerspruch und geben den Gegnern der Getreidezölle eine furchtbare Waffe in die Hand. In normalen Zeiten ist die Roggeneinfuhr zu gering, um bestimmend für den Preis zu sein. Daraus ergiebt sich, daß wenn wir heute den Fünfmarkzoll allgemein noch hätten, die Landwirthe nicht einen Pfennig mehr erhalten würden. Bei Weizen ist die Sache etwas anders; die Ueberschwemmung, unter der wir leiden, rührt von dem Aufschwunge des Weizenbaues in Nordamerika her. Hätten wir die Verträge nicht, so würden wir dem verderblichen System beweglicher Zölle zusteuern. Während auf der einen Seite Zölle von 10 und 12 M. gefordert würden, wirkt man auf der anderen auf die gänzliche Beseitigung derselben hin. Demgegenüber hat die Regierung der Landwirthschaft stetige Verhältnisse gesichert. Vorredner irrt, wenn er Rumänien zu den ein Goldagio erhebenden Staaten zählt. Rumänien hat die reine Goldwährung (Heiterkeit). In Italien dürfte die Zeit des Goldagio nur vorübergehend sein. Auch hier steht übrigens die Frage so: Würden wir ohne Verträge mit Oesterreich-Ungarn und Italien besser stehen? Das Agio würde auch dann in die Erscheinung treten. Die Herabsetzung der Zölle ergiebt allerdings einen finanziellen Ausfall. Aber wenn nach den Wünschen des Vorredners die Einfuhr ganz verhindert würde, so hätten wir gar keine Einnahme mehr. Das Verlangen des Vorredners scheint überhaupt dahin zu gehen, daß Deutschland seine Zölle immerfort erhöhen und die Regierung dafür sorgen muß, daß die anderen Staaten die ihrigen erniedrigen. (Heiterkeit). In subjektiver Kritik hat der Vorredner das streng Mögliche geleistet, sachlich hat er nichts Erhebliches gegen die Verträge vorgebracht; ich hoffe deshalb, daß sie die Zustimmung des Hauses und des Landes finden werden. (Beifall links). — Abg. Rickert (freis. Ver.): Woher weiß denn Graf Limburg, daß auswärtige Vertreter Konzessionen in der Tasche gehabt haben, ohne daß die unsrigen darnach gefragt hätten? Es war nicht patriotisch, das hier zu sagen, anstatt dem Reichskanzler davon Mittheilung zu machen. Die Währungsfrage dient nur der Stimmungsmacherei. Wenn Sie Jemandem sagen, er könne bei Abzahlung seiner Schuld in Silber 25 Prozent verdienen, so versteht er das, daß aber gleichzeitig der Arbeiter von seinem Lohne 25 Prozent einbüßt, das sagen Sie nicht. (Widerspruch rechts). Vorliegende Verträge sind die logische Konsequenz der früher abgeschlossenen und Sie sollten dem Reichskanzler danken, daß er Ihnen den Getreidezoll von 350 Mk. auf weitere zehn Jahre gesichert hat. Für den Vertrag mit Oesterreich stimmten auch Frhr. v. Manteuffel und 19 Konservative. Graf Kanitz erklärte sich damals entschieden gegen einen Differenzialzoll. Wenn die Herren konsequent sein wollen, müssen sie für diese Verträge und den Vertrag mit Rußland stimmen. Dem jetzigen Reichskanzler wird es als ein unsterbliches Verdienst angerechnet werden, daß er redlich mit der verderblichen Schutzzollpolitik des Fürsten Bismarck gebrochen hat. Was ein Zollkrieg bedeutet, sehen wir jetzt in unseren Ostprovinzen. Wird der Vertrag mit Rumänien abgelehnt, so haben nur Oesterreich und England den Vortheil. Wir haben auch das Interesse der Landwirthschaft im Auge. Dagegen schädigt der Bund der Landwirthe dasselbe, indem er unvernünftige Reformen fordert. Die dem Reichskanzler zugesprochene Aeußerung über die Verschuldung des Grundbesitzes ist eigentlich das Mindeste, was man darüber sagen kann. Mit der Ablehnung dieser Verträge würde der Landwirthschaft nicht genützt, die Industrie aber geschädigt, damit indirekt auch die Landwirthschaft. — Abg. Dr. Lieber (Centr.): Wir stimmen der Verweisung der Verträge an eine Kommission zu, weil wir sonst hier im Plenum auf stürmische Debatten gefaßt sein müssen, die einen ungünstigen Eindruck nach Außen hin machen könnten. Es könnten dabei dem Auslande leicht Schwächen gezeigt werden, die dann zu unserem Nachtheile ausgebeutet würden; es ist nicht nöthig, für diese Verträge zu stimmen, weil wir für sie früher gestimmt haben; denn überzeugten wir uns, daß das ein Fehler war, so brauchen wir denselben nicht zu wiederholen. (Hört, hört, links). Wir halten indeß die bisherigen Verträge für keinen politischen Fehler, sondern für eine Großthat der neuen Aera, wir sind uns auch bewußt, gerade der Landwirthschaft mit den Verträgen einen Dienst erwiesen zu haben, denn wir haben hier gerade in einer Zeit des Ansturmes gegen die Kornzölle infolge der Mißernte den Zollschutz auf eine Reihe von Jahren gesichert. Durch die Verträge mit Oesterreich und Italien ist auch unser politisches Bündniß gestärkt worden, bei den neuen Verträgen fällt dieser Grund fort, dieselben bedürfen eingehend der Prüfung. Auch mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen mit Rußland empfehle sich eine Kommissionsberathung. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Der Staatssekretär des Aeußeren hat über den Bund der Landwirthe Aeußer-

Pfund's verdickte (feinste) **Kindermilch.** Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79. Trocken-Milch-Kinder.